



AG III

Kerngedanken zu Produktion im Zeitalter der Digitalisierung

Die deutsche Volkswirtschaft schöpft ihre Kraft in besonderem Maße aus der Innovationsstärke von Industrie und Handwerk. Unsere traditionell geprägte Struktur von „Hidden Champions“ und innovationsstarken mittelständischen Unternehmen ist weltweit einzigartig. Sie waren seit jeher Meister darin, ihre Fertigkeiten einerseits zu verfeinern und sie andererseits laufend an die Herausforderungen der jeweiligen Zeit anzupassen.

Die Herausforderung unserer Zeit ist die zunehmende Digitalisierung von Produktions- und Arbeitswelten, die im Bereich der produzierenden Unternehmen in Deutschland mit dem Schlagwort „Industrie 4.0“ gekennzeichnet wird. Tatsächlich greift dieser Begriff aber zu kurz. Denn der digitale Umbruch erfasst die gesamte Wirtschaft. Durch sie werden etablierte Geschäftsmodelle infrage gestellt und Wertschöpfungsprozesse neu geordnet.

Die CDU steht dabei fest an der Seite von Industrie und Handwerk. Wir sind überzeugt: Die deutsche Wirtschaft hat die besten Voraussetzungen, diese Entwicklung zur Stärkung ihrer Wettbewerbsfähigkeit zu nutzen. Wir werden die Rahmenbedingungen schaffen, mit denen die Unternehmen die anstehenden Veränderungen erfolgreich meistern können.

Gleichzeitig wollen wir es Betriebsinhabern, -nachfolgern und Gründern so leicht wie möglich machen, in der Digitalisierung neue Geschäftsideen zu finden und zu verwirklichen. Diese Kombination aus der Bewahrung des Traditionellen und der Erschaffung von Neuem in fairem Wettbewerb miteinander hat die deutsche Wirtschaft stark gemacht und gestärkt aus zahlreichen Krisen geführt. Damit wird Deutschland auch die Herausforderungen der Digitalisierung meistern.



Basis einer lebendigen Gründungskultur sind neben unbürokratischen formalen Gründungsvoraussetzungen der Austausch zwischen Wirtschaft und Wissenschaft. Überall dort, wo eine enge Zusammenarbeit von Forschung und Unternehmen im Bereich der angewandten Wissenschaften gegeben ist, schafft Technologietransfer ein Klima, in dem neue Ideen entwickelt und umgesetzt werden können. Diese Kooperationen müssen wir ausbauen und auch kleine und mittelständische Unternehmen in allen Branchen ermutigen, diese Zusammenarbeit einzugehen. Wir wollen dafür neue Förderinstrumente einführen. In Betracht kommt insbesondere eine steuerliche Anerkennung entsprechender Investitionen, soweit sie Innovationen im Mittelstand effektiv und bürokratiearm unterstützt, ohne gleichzeitig Gestaltungsanreize zu schaffen.

Die digitale Revolution wird unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaft genauso tiefgreifend verändern, wie es die erste industrielle Revolution im 19. Jahrhundert getan hat. Sie ist die Dampfmaschine des 21. Jahrhunderts. Durch digital vernetzte Prozesse und Produkte werden neue IT-basierte Dienstleistungen entstehen. Sie werden ganze Wertschöpfungsprozesse verändern und die herkömmlichen Grenzen einzelner Branchen aufbrechen. Ermöglichte die industrielle Revolution die massenhafte Herstellung von Bedarfsgütern, geht heute der Trend zu individualisierten und personalisierten Produkten, zur Einbindung der Kunden in Design- und Produktionsprozesse wie auch zur Vor-Ort-Produktion für kurze Lieferzeiten.

Früher musste sich die Nachfrage ein Stück weit entlang des Angebotes ausrichten. Bei industrieller Fertigung hatten die Kunden kaum Einfluss auf die konkrete Gestaltung eines Produktes. Heute befriedigen Kunden ihre individuelle Nachfrage durch Vernetzung untereinander selbst, wenn Unternehmen keine passenden Angebote Verfügung stellen. Wenn Unternehmen dauerhaft am Markt bestehen wollen, müssen sie sich heute deutlich mehr nach den unterschiedlichsten Wünschen ihrer Kunden richten.

Die heutigen und zukünftigen Nutzenpotenziale durch die Vernetzung und dezentrale Koordinierung von verteilten Systemen sind enorm. Die Digitalisierung beschleunigt Innovationszyklen. Produkte und Lösungen müssen deshalb in Deutschland schneller zur Markt-



reife gebracht werden. Dies erfordert auch ein Umdenken von idealen hin zu pragmatischen Lösungen.

Die CDU fragt: Was kann die Politik tun, um die Unternehmen bei diesem Wandel zu unterstützen? Wo sind ihre Grenzen? Die Innovationsfähigkeit ist Sache der Unternehmen. Politik kann der Wirtschaft weder Ideen liefern noch Anpassungsprozesse ersparen. Sie kann ihnen aber rechtliche Hürden und bürokratische Steine aus dem Weg räumen.

Hier sind Politik und Verwaltung gefordert. Der Gesetzgeber steht vor der großen Herausforderung, mit einer immer rasanteren Innovationsgeschwindigkeit mithalten und gleichzeitig für rechtssichere Rahmenbedingungen sorgen zu müssen. Wir wollen deshalb künftig vermehrt mit „Experimentierklauseln“ bei der Rechtsetzung arbeiten. Damit wollen wir da, wo es möglich ist, durch begrenzte Ausnahmen Freiräume für Innovationen schaffen. Wir brauchen auch eine neue Kultur in der Verwaltung. Bestehende Regelungen müssen in der praktischen Anwendung innovationsfreundlich ausgelegt werden. Zugleich sind substantielle Fortschritte beim E-Government erforderlich.

Daten sind der Rohstoff des 21. Jahrhunderts. Durch die Vernetzung und Digitalisierung in der Produktion und durch den zunehmenden Einsatz von Sensoren zur Maschinen- und Prozessüberwachung fallen Daten gigantischen Ausmaßes an. In der gezielten Speicherung und Auswertung dieser Daten liegt ein großes Wertschöpfungspotenzial für Unternehmen und Wissenschaft. Wir wollen helfen, dieses Potenzial zu erschließen, werden dabei aber auf die Einhaltung hoher Datenschutzstandards und offener Märkte achten.

Im Zeitalter der Digitalisierung wandelt sich die Produktion von der massenweisen Herstellung identischer Güter zur Produktion einer individualisierbaren Variantenvielfalt eines Grundproduktes. Kleine und mittlere Unternehmen unterliegen dabei grundsätzlich den gleichen Anpassungserfordernissen wie die Großindustrie: Die Digitalisierung der Wertschöpfungs- und Marktprozesse unterwirft bisher bewährte Unternehmenskonzepte einem zunehmend intensiveren Wettbewerb. Bei der Transformation heutiger traditioneller Produktions- und Logistiksysteme hin zu vernetzten, IT-basierten Systemen kommen ge-



rade auf die mittelständische Wirtschaft große Herausforderungen zu. Vorhandene Investitionsgüter müssen erst einmal abgeschrieben werden, was dazu führt, dass die Migration hin zu einer smarten Fabrikation in der Regel nur schrittweise über mehrere Jahre vollzogen werden kann. Andererseits können sich gerade kleinere Unternehmen auf die durch die Digitalisierung hervorgerufenen Veränderungen häufig rascher, flexibler und zielgerichteter einstellen, als international agierende Konzerne.

Weder Mittelstand noch Politik dürfen die Kraft dieser Veränderungen unterschätzen. Darüber hinaus gilt es, den Mittelstand sowohl als IKT-Anbieter als auch als IKT-Nachfrager möglichst umfassend beim Übergang in die digitale Wirtschaft zu begleiten und zu stärken. Das erfolgreiche Projekt der eBusiness-Lotsen wollen wir verstetigen und gemeinsam mit den Handwerks- sowie Industrie- und Handelskammern zu Digitalisierungslotsen weiterentwickeln. Vor allem kleine und mittelständische Unternehmen sollen auch weiter vor Ort Unterstützung bei den Herausforderungen der Digitalisierung bekommen können.

Deutschland ist grundsätzlich gut aufgestellt. Denn Innovationsprozesse werden von unterschiedlichsten Rahmenbedingungen beeinflusst. Deutschland verfügt mit seinen gut ausgebildeten Fachkräften, der im internationalen Vergleich hervorragenden Verkehrsinfrastruktur und seinem verlässlichen Rechtssystem über gute Voraussetzungen im internationalen Standortwettbewerb. Darauf wollen wir aufbauen und diese Kriterien zu einem international gefragten Standortvorteil ausbauen. In einer Zeit, in der durch technologischen Fortschritt für den Einzelnen vieles unübersichtlicher wird, ist Vertrauen ein hohes Gut. Wir wollen durch gute und transparente Regelungen, insbesondere in den Bereichen des Datenschutzes und der Produktsicherheit, Vertrauenswürdigkeit zu einem weiteren Markenzeichen „Made in Germany“ machen.

Angesichts der großen Dynamik des technologischen Fortschritts müssen die bestehenden Rahmenbedingungen besonders kritisch daraufhin geprüft werden, inwieweit sie für die Wettbewerbsfähigkeit eher förderlich oder eher hinderlich sind.



Von zentraler Bedeutung ist die Rechtssicherheit auf Basis klarer, transparenter und internationaler Regeln. In digital vernetzten und sensorisch überwachten Produktions- und Logistiksystemen entstehen eine Vielzahl von Daten („Big Data“), die höchst sinnvoll bei der Maschinendiagnose oder zur intelligenten Steuerung genutzt werden können. Gleichzeitig ergeben sich qualitativ neue Herausforderungen bei der Gewährleistung des Datenschutzes und des Grundprinzips der informationellen Selbstbestimmung. Diesen muss durch die neuen europäischen Datenschutzregeln – unter Abwägung der hieraus den Unternehmen gerade auch des Mittelstands erwachsenen Administrationskosten – Rechnung getragen werden. Die CDU strebt deshalb ein vor allem einheitliches, hohes Datenschutzniveau in ganz Europa an, das den berechtigten Anliegen der Bürgerinnen und Bürger sowie der Wirtschaft und damit unserem zukünftigen Wohlstand gleichermaßen Rechnung trägt. Unternehmen sollen sich nicht mit 28 Datenschutzbeauftragten auseinandersetzen müssen, nur weil sie etwa eine digitale Dienstleistung anbieten oder Daten aus mehreren EU-Mitgliedstaaten verarbeiten.

Der Erfolg des „Internet der Dinge“ hängt zuallererst davon ab, ob die Nutzer Vertrauen in die Sicherheit der Produkte und der zugehörigen Kommunikationswege haben. Brauchen Unternehmen vor allem einen wirksamen Schutz vor Wirtschaftsspionage und Cyberattacken, fürchten Endnutzer vor allem die Gefährdung ihrer Privatsphäre durch unkontrollierte Speicherung ihrer Daten sowie das Entstehen des „gläsernen Kunden“. Es ist essenziell für die Entwicklung von Industrie 4.0, Smart Services und dem Internet der Dinge, dass wir in Deutschland eine positivere Kultur und Grundeinstellung zu Datenspeicherung und -verarbeitung einnehmen.

Wir brauchen eine grundsätzliche Neujustierung in der Diskussion um Datenschutz und Datensicherheit. Hier bedarf es einer klaren Differenzierung gerade auch zwischen personenbezogenen und nicht-personenbezogenen Daten, um angemessene und praktikable Ergebnisse erzielen zu können. Die Frage des Datenschutzes ist entscheidend bei der Entstehung von Daten – etwa: Wer darf was über wen und wie speichern? Die Frage der Datensicherheit bezieht sich auf bereits vorhandene Daten – etwa: Wie können diese vor unbefugtem Zugriff geschützt werden?



Die Daten-Diskussion in Deutschland ist derzeit geprägt von einer großen Sensibilität gegenüber dem Sammeln von Daten einerseits und einem eher nachlässigen Umgang mit bereits vorhandenen Daten andererseits. So werden einerseits digitale Aufnahmen von Häuserfassaden, die als Teil des öffentlichen Straßenbildes für jedermann öffentlich zugänglich sind, zum Datenschutzgut erklärt. Andererseits fehlt in der Breite der Wirtschaft ein Bewusstsein für Gefahren bei der Datensicherheit.

Eine zu skeptische Haltung gegenüber dem reinen Sammeln von Daten kann jedoch zum Innovationsproblem werden. Die CDU will vielmehr die Chance nutzen, über die positiven Aspekte von Daten gerade im Kontext von Open Data zu reden. Nach dem Vorbild etwa der Wiener „Woody“-App wollen wir Projekte fördern, die mit Musteranwendungen zeigen, wie die Nutzung von Daten der Allgemeinheit von großem Nutzen für die Allgemeinheit ist. Dabei muss klar sein, dass unsere Datenprodukte erstens nur mit anonymisierten Daten arbeiten und zweitens auf hohem Sicherheitsstandard. Damit treten wir einer diffusen Skepsis gegenüber dem Sammeln von Daten entgegen.

Werden bei der Sammlung von Daten Risiken tendenziell überbetont, so herrscht bei vertraulichen Unternehmensdaten gerade im Mittelstand oft eine zu große Sorglosigkeit. Doch gerade der Mittelstand ist aufgrund seiner Innovationsstärke in Bezug auf Datendiebstahl besonders gefährdet. Der hierdurch drohende Know-How-Abfluss riesigen Ausmaßes ist neben dem Risiko der nachlassenden Innovationskraft eine der größten Gefahren für die deutsche Wirtschaft.

Es gilt daher, die IT-Sicherheit, aber auch den Schutz vor anderen Wegen der Wirtschaftsspionage zu stärken. Hierfür tut eine Verstärkung der Aufklärung und die Bereitstellung praktikabler Hilfsmittel Not. Bezogen auf die Bereitstellung solcher Hilfsmittel in der IT-Sicherheit ist Deutschland durch das BSI mit seinem IT-Grundschutz international sogar Vorreiter. Diese Position ist ganzheitlich und mit pragmatischen Ansätzen auf alle Aspekte des Wirtschaftsschutzes auszudehnen.



Wirtschaft, Verbände, Kammern und Behörden sind hier gemeinsam gefordert, in dieser Legislaturperiode gestartete Initiativen zu verstetigen, um so die Sensibilisierung und die Widerstandsfähigkeit deutscher Unternehmen dauerhaft zu steigern.

Die CDU setzt sich über diese laufenden Ansätze hinaus für eine gemeinsame Strategie von Staat und Unternehmen zur Bewältigung der Herausforderungen der Daten- und Informationssicherheit ein. Wir wollen die deutsche Wirtschaft dazu ermuntern, einen Fonds zur Entwicklung innovativer IT-Security-Lösungen zu etablieren und auszustatten. Wir wollen dabei eine fachliche Begleitung durch die zuständigen Ressorts und Behörden sowie die Beseitigung von Marktbarrieren gewährleisten. So kann an einem neuralgischen Punkt ein Stück „Digitale Souveränität“ zurückgewonnen werden.

Staatlicherseits wollen wir durch Experimentierräume bei Ausschreibungen einen Beitrag zum Erfolg leisten. Denkbar wäre etwa die Einführung von Experimentierklauseln auch im Vergaberecht sowie die gezieltere Nutzung bestehender Möglichkeiten zur funktionalen Leistungsbeschreibung, sodass bei geeigneten Projekten auch innovative Lösungen kleiner Anbieter zum Zuge kommen können.